Markus J. Wenninger

Juden als Münzmeister, Zollpächter und fürstliche Finanzbeamte im mittelalterlichen Aschkenas

„Da es völlig widersinnig wäre, wenn ein Lästere Christi über Christen Gewalt ausübt, erneuern wir wegen des Übermuts der Frevler auf diesem Generalkonzil, was darüber das Konzil von Toledo weise verordnet hat, und verbieten, daß Juden an die Spitze von öffentlichen Ämtern gestellt werden, weil sie sich dabei den Christen gegenüber höchst feindselig erweisen. Wer ihnen ein solches Amt anvertraut, soll auf einem Provinzialkonzil ... nach vorangegangener Mahnung gebührend bestraft werden. Ein [jüdischer] Amtsinhaber soll aber so lange von den Christen bei seinen Geschäftsangelegenheiten und sonst boykottiert werden, bis zugunsten armer Christen ... das restituiert wird, was er von den Christen anlässlich seiner Amtsführung erworben hat. Das Amt, das er respektloserweise angenommen hatte, soll er mit Schimpf und Schande wieder hergeben.“¹

So lautete eine jener Bestimmungen, mit welchen im Jahr 1215 das 4. Laterankonzil den Standort und die Bedingungen jüdischen Lebens in der christlichen Welt festsetzen wollte. Auch wenn als Vorlage nur ein Kanon des 3. Konzils von Toledo, das im Jahr 589 zusammengetreten war und dessen Bestimmungen keineswegs für die gesamte katholische Welt, sondern nur für das damalige Westgotenreich galten, genannt wird², steht hinter dieser Verordnung doch eine über ein gutes Jahrtausend reichende Tradition der kirchlicherseits behaupteten und geforderten

¹ 4. Laterankonzil, c. 69; Latein. Text bei *Antonio García y García*, *Constitutiones Concilii quarti Lateranensis una cum commentariis glossatorum* (Roma 1981) 108, c. 69; *Giovanni D. Mansi*, *Sacrum conciliorum nova et amplissima collectio*, Bd. 22 (Paris 1903, Ndr. 1961) Sp. 1054ff.; *Julius Aronius*, *Regesten zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reiche bis zum Jahre 1273* (Berlin 1887–1902, Ndr. Hildesheim, New York 1970) Nr. 395, S. 176; Übersetzungen bei *Aronius*, 175f., und *Raymond Foreville*, *Lateran I–IV* (Mainz 1970) 443f.

² Der Text des hier angesprochenen c. 14 des 3. Konzils von Toledo bei *Mansi*, *conciliorum collectio*, Bd. 9, 996, und *Amnon Linder*, *The Jews in the legal sources of the early Middle Ages* (Detroit 1997) 484f. Das 3. Konzil von Toledo fällt in die Phase des Übertritts der bisher arianischen Westgoten zum Katholizismus. In Übereinstimmung mit den Intentionen Kg. Reccareds wurde auf ihm das einheitliche katholische Bekenntnis aller Christen des Reichs offiziell festgelegt, und bezeichnenderweise erließ man gleichzeitig erstmals für das gesamte Westgotische Reich Judengesetze, die sich an bisher nur für Katholiken gültigen Bestimmungen sowie spätrömischen Gesetzen und Konzilsbestimmungen orientierten. Dazu *Alexander Pierre Bronisch*, *Die Judengesetzgebung im katholischen Westgotenreich von Toledo* (Forschungen zur Geschichte der Juden A 17, Hannover 2005) 23ff.

Unterordnung der Juden unter die Christen. Diese beginnt mit theologischen Schriften, in denen seit Tertullian (gest. 222) die Unterordnung der Juden unter die Christen vertreten wurde, und führt über die von diesen Schriften und Ansichten beeinflusste Gesetzgebung des christlich gewordenen spätrömischen Reichs³ und frühmittelalterliche Konzilsbestimmungen⁴ zu den hochmittelalterlichen Laterankonzilien und weiter bis ins ausgehende Mittelalter. Die zahlreichen Wiederholungen dieser Forderung durch kirchliche Personen und Institutionen – wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen und unterschiedlicher Schärfe⁵; es ist aber bemerkenswert, daß gerade die Tätigkeit von Juden als Zöllner des öfteren ausdrücklich untersagt wird⁶ – zeigen, daß sie über weite Strecken nur unzureichend beachtet, vielleicht sogar völlig negiert wurde. Für das hier behandelte Thema ist dies insofern von Bedeutung, als Juden in jeder der im Titel genannten Funktionen bestimmte Befugnisse über Christen ausüben konnten bzw. auszuüben hatten. Wie in vielen anderen Zusammenhängen zeigt sich auch hier, daß kirchenrechtliche Bestimmungen nur dann allgemein durchgesetzt werden konnten, wenn sie mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten der jeweiligen Zeit und des jeweiligen Raumes einigermaßen übereinstimmten und auch die Unterstützung der weltlichen Machthaber fanden.

Genau das war aber im gegebenen Zusammenhang lange Zeit nicht der Fall. In Einzelfällen wurden zwar entsprechende Bestimmungen in weltliche Privilegien aufgenommen, aber das blieben Ausnahmen, deren konkreter Anlaß jeweils zu untersuchen ist. So war es im Deutschen Reich gerade der in anderem Zusammenhang wegen seiner Unvoreingenommenheit und Toleranz gegenüber den Juden bekannte Kaiser Friedrich II., der in einem 1237 für die Stadt Wien ausgestellten

³ Dazu *Karl Leo Noethlichs*, Das Judentum und der römische Staat. Minderheitenpolitik im antiken Rom (Darmstadt 1996), und *ders.*, Die Juden im christlichen Imperium Romanum (4.–6. Jahrhundert) (Berlin 2001); zu den Vorläuferbestimmungen des Judenartikels von Toledo 589 s. *Bronisch*, (wie vorige Anm.) 25.

⁴ Als Beispiele seien hier genannt: 535 verbot das Konzil zu Clermont, Juden zu Richtern über Christen zu setzen (*Aronius*, Nr. 24, S. 10), 581 jenes zu Mâcon, Juden zu Richtern oder Zöllnern zu bestellen, damit nicht die Christen ihnen untergeordnet erscheinen (*Aronius*, Nr. 40, S. 15), und 614 bestimmte das 5. Konzil von Paris, daß kein Jude militärische oder Verwaltungsämter vom König erbitten oder bekleiden solle. Eine Woche darauf verbot König Chlotar II. den Juden, öffentliche Ämter zu bekleiden (*Aronius*, Nr. 57f., S. 20f.); weitere Hinweise bei *J. E. Scherer*, Die Rechtsverhältnisse der Juden in den deutsch-österreichischen Ländern (Leipzig 1901) 33f., 40f. u. 328f., sowie bei *Heinz Schreckenberg*, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld, Bd. 3: 13.–20. Jh. (Europ. Hochschulschriften XXIII, 497, Frankfurt 1994) 365, 375f. und 398f.

⁵ Vgl. z. B. das Mainzer Provinzialkonzil von 1259 (*Aronius*, Nr. 646, S. 271f.). Auch ein Schreiben Papst Gregors IX. an die hohe deutsche Geistlichkeit von 1233 März 4 wegen diverser Mißstände, die in Deutschland hinsichtlich der Juden bestünden, zeigt, daß die Tätigkeit von Juden als fürstliche Amtleute offenbar weit verbreitet war (*Aronius*, Nr. 460, S. 202).

⁶ So z. B. auf den Provinzialkonzilien von Breslau und Wien 1267. Deren Judenartikel bei *Aronius*, Nr. 724f., S. 301–305; zu ihrem zeitgenössischen Hintergrund s. *Klaus Lohrmann*, Judenrecht und Judenpolitik im mittelalterlichen Österreich (Handbuch zur Geschichte der Juden in Österreich B 1, Wien, Köln 1990) 94–102, u. *Markus J. Wenninger*, Grenzen in der Stadt? Zu Lage und Abgrenzung mittelalterlicher deutscher Judenviertel, in: *Aschkenas* 14 (2004) 9–29, hier 11–15.

Privileg dieser das Ämterverbot für Juden zugestand⁷. Auch König Andreas II. von Ungarn, der in seiner Goldenen Bulle vom Jahr 1222 den Großen seines Reichs ein ähnliches Zugeständnis machte⁸, ist sonst keineswegs durch irgendwelche antijüdischen Maßnahmen aufgefallen. Das 1222 ausgesprochene Ämterverbot wurde denn auch in weiterer Folge in Ungarn offenbar kaum oder gar nicht beachtet⁹. Die mittelalterlichen deutschen Rechtsbücher kennen dagegen mit Ausnahme des gerade auch hinsichtlich seiner Judenartikel stark vom Kirchenrecht beeinflussten Schwabenspiegels keine Bestimmungen gegen jüdische Zöllner, Münzer oder sonstige Amtsträger¹⁰.

Bei der Beschäftigung mit Urkunden über einschlägige Geschäfte ist dagegen zu beachten, daß nicht jede Nennung eines Juden im Zusammenhang mit einem der genannten Ämter bedeutet, daß er dieses Amt auch tatsächlich ausgeübt hat, denn in manchen Fällen wurden Juden anscheinend nicht die Ämter selbst mit der dazugehörenden Amtsgewalt übertragen, sondern sie erhielten nur die Nutzung der Einkünfte aus diesen Ämtern. Das scheint z.B. bei der Verpfändung des öster-

⁷ Die Stadt Wien hatte sich in seinem Streit mit Herzog Friedrich II. von Österreich auf seine Seite gestellt; das Privileg, das Wien kurzfristig zur Reichsstadt machte, enthielt an prominenter Stelle (dritte Bestimmung von neun) in Anlehnung an die genannten kirchlichen Formulierungen den Ausschuß der Juden von Ämtern. Das gesamte Privileg gedr. bei *Peter Csendes*, Die Rechtsquellen der Stadt Wien (FRA III,9, Wien, Köln, Graz 1986) Nr. 5, S. 39–43 (deutsche Übersetzung der 1. H. 14. Jh. ebd., Nr. 6, S. 43–47). Weitere Drucke und einschlägige Literatur bei *Eveline Brugger*, *Birgit Wiedl*, Regesten zur Geschichte der Juden in Österreich im Mittelalter, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1338 (Innsbruck, Wien, Bozen 2005) Nr. 17, S. 28f. Ein angeblich gleichzeitig für Wiener Neustadt ausgestellt, weitgehend gleichlautendes Privileg (*Aronius*, Nr. 509f., S. 220f.) ist allerdings eine spätere Fälschung (dazu *Brugger*, *Wiedl*, Regesten, Nr. 18, S. 29f.), ebenso das etwa gleichzeitig gefälschte, angeblich auf Herzog Leopold VI., den Vater Herzog Friedrichs II., zurückgehende Stadtrecht für Wiener Neustadt, in das diese Bestimmung ebenfalls aufgenommen wurde (*Brugger*, *Wiedl*, Nr. 9, S. 22f.). Zwei Jahre später erließ Herzog Friedrich II. von Österreich, der die Gewalt über sein Herzogtum inzwischen wieder zurückerlangt hatte, ein Privileg für Wiener Neustadt, in dem er u.a. versprach, künftig den Juden dieser Stadt kein Amt zu geben, mittels dessen sie die Bürger bedrücken könnten (1239 Juni 5, *Aronius*, Nr. 522, S. 224; *Brugger*, *Wiedl*, Regesten, Nr. 21, S. 32f.).

⁸ Die Ämter der *comites camerarii monetarum, salinarii et tributarii* sollten den *nobiles regni* vorbehalten bleiben; *Ismaelite* (Moslems) und Juden sollten diese Funktionen ausdrücklich nicht ausüben können (Monumenta Hungariae Judaica, Bd. 1 [Budapest 1903], S. 4, Nr. 8); s.a. *Nora Berend*, At the Gate of Christendom. Jews, Muslims and 'Pagans' in Medieval Hungary, c. 1000–c. 1300 (Cambridge 2001) 121 und 155.

⁹ Schon drei Jahre später (1225 Aug. 23) forderte Papst Honorius III. den zuständigen Erzbischof Ugrinus von Kalocsa und seine Suffragane auf, von König Andreas zu verlangen, daß er künftighin Juden und Heiden bei der Vergabe öffentlicher Ämter nicht mehr bevorzuge: *Shlomo Simonsohn* (ed.), The Apostolic See and the Jews, 1: Documents 492–1404 (Toronto 1988) Nr. 117, S. 120f.; dazu ebd., 7: History (Toronto 1991) 150; zu weiteren Übertretungen s. weiter unten.

¹⁰ S. dazu *Christine Magin*, „Wie es umb der iuden recht stet“. Der Status der Juden in spätmittelalterlichen deutschen Rechtsbüchern (Göttingen 1999) (da einschlägige Bestimmungen in keinem der von Magin behandelten Rechtsbücher vorkommen, äußert sie sich nicht zu diesem Problem). Nach dem Schwabenspiegel, den Magin aus bestimmten Gründen nicht in ihre Untersuchung mit einbezogen hat, dürfen Juden dagegen kein Richteramt bekleiden, s. *Heinz Schreckenberg*, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld, 3 (13.–20. Jh.) (Europ. Hochschulschriften, R. 23, 497, Frankfurt a. M. 1994) 274–279.

reichischen Kammeramts an den Juden Lebmann von Wien im Jahr 1305 der Fall gewesen zu sein¹¹.

Auf den ersten Blick scheinen die im Titel genannten Tätigkeiten eines Münzmeisters, eines Zollpächters und eines Finanzbeamten (letztere Bezeichnung meint nicht – wie heute – den Angestellten einer Steuerbehörde, sondern eine Person in leitender Funktion in der fürstlichen Finanzverwaltung!) wenig miteinander zu tun zu haben. Im Mittelalter stellt sich die Situation jedoch grundlegend anders dar. Einerseits war die Verwaltung der Einnahmen nicht von jener der Ausgaben getrennt, so daß jene Personen, die Gelder für einen Fürsten einnahmen, regelmäßig oder über konkrete Anweisung auch viele seiner Ausgaben zu tätigen hatten¹² und nur die Differenz – die auch negativ sein konnte – bar ausgeglichen wurde; andererseits gehörten die aus der Münzproduktion, dem damit verbundenen Geldwechsel und den Zöllen fließenden Abgaben zu den wichtigsten Einnahmen eines Fürsten, so daß die in diesen Bereichen tätigen Personen oft eine wichtige Stellung in der fürstlichen Finanzverwaltung einnahmen. Hinsichtlich der Zölle ist außerdem zu bemerken, daß die Einsetzung eines fürstlichen Bediensteten als angestellter Zöllner und eine detaillierte Abrechnung erst gegen Ende des Mittelalters zur Regel wurde. Noch im 14. Jahrhundert war es dagegen über weite Strecken üblich, daß ein Zoll an eine einzelne Person oder – vor allem bei ertragreichen und daher in der Pacht teuren Zöllen – an ein Konsortium von Geldgebern verpachtet wurde¹³. Der Fürst erhielt dafür jährlich eine vereinbarte Summe im Voraus, die der bzw. die Pächter aus den Erträgen des Zolls mit Gewinn wieder einzubringen suchten. Als Zöllner fungierte in diesem Fall der Pächter selbst oder eine von ihm bestellte Person. In ähnlicher Weise waren Personen, die eine Münzstätte gepachtet hatten, selbst oder über einen von ihnen beauftragten *monetarius* (Münzmeister) für den Betrieb dieser Münzstätte verantwortlich. Für den Fürsten hatte das den Vorteil, mit gesicherten regelmäßigen Einnahmen rechnen zu können, ohne sich um Details kümmern zu müssen, für die es ohnedies noch kein geschultes Personal gab. Wesentliche Voraussetzung, ein solches Amt in der Finanzverwaltung wahrnehmen zu können, war natürlich, über beträchtliches Kapital zu verfügen.

Gut sichtbar werden diese Verhältnisse bei den in den Jahrzehnten um 1300 in den Territorien Graf Meinhards IV. (II.) von Görz-Tirol und seiner Nachfolger, die vom heutigen Tirol über Kärnten und Friaul bis Krain und Istrien reichten, tätigen Juden. Meinhard intensivierte und rationalisierte die Verwaltung seiner Länder wie kaum ein anderer zeitgenössischer Fürst, und zur Durchführung dieser Maßnahmen holte er gezielt Finanzfachleute ins Land: Angehörige italienischer, vor allem

¹¹ Brugger, Wiedl, Regesten (wie Anm. 7) Nr. 134, S. 143f., dazu Eveline Brugger, Adel und Juden im mittelalterlichen Niederösterreich. Die Beziehungen niederösterreichischer Adelsfamilien zur jüdischen Führungsschicht von den Anfängen bis zur Pulkauer Verfolgung 1338 (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 38, St. Pölten 2004) 78–81.

¹² Vgl. dazu etwa das unten ad Anm. 58f. zu Moses Nürnberger Gesagte.

¹³ In der Literatur wie auch in edierten Regesten wird, ausgehend von der Art der betreffenden Urkunden, die in der Art von Pfandurkunden gestaltet sind, im allgemeinen von einer Verpfändung dieser Zölle gesprochen. Der Sache nach handelt es sich jedoch um eine Pacht.

toskanischer Bankhäuser ebenso wie Juden, die nach Ausweis ihrer Namen ebenfalls überwiegend aus dem italienischen Raum gekommen sein dürften, und einzelne Kaufleute aus oberdeutschen Städten. Hier sollen uns jedoch nur die Juden interessieren¹⁴.

Über fast zwei Jahrzehnte sind zu Beginn des 14. Jahrhunderts die Geschäfte Isaks von Lienz, der zu dieser Zeit nicht nur der „Hausbankier“ der Grafen von Görz war, sondern auch der bedeutendste jüdische Bankier des Ostalpenraums gewesen zu sein scheint, zu verfolgen. Als Geldleiher, Münz-, Zoll- und Geleitspächter wird er in zahlreichen Urkunden genannt¹⁵. Seine Geschäftstätigkeit spielte sich dabei zwischen Meran, Innsbruck, Villach, dem görzischen Besitz in Krain und Latisana, dem Hafen der Grafen von Görz oberhalb der Mündung des Tagliamento in die Adria, ab, wo Isak zugleich mit den wichtigsten krainischen Mauten im Juli 1308 die Hafenmaut pachtete¹⁶. Sie umfaßte damit den gesamten Görzner Besitz mit Ausnahme Istriens. Die Geschäfte selbst sind nicht nur hinsichtlich ihrer räumlichen Ausdehnung und ihrer Größenordnung bemerkenswert, sondern vor allem wegen der Gesellschaften, die für etliche von ihnen gegründet wurden. Denn im Gegensatz zur allgemeinen Annahme, daß die berufsmäßigen jüdischen und christlichen Geldleiher – letztere, die auch in Mitteleuropa überwiegend aus Italien und Südfrankreich stammten, sind aufgrund ihrer Herkunft unter den Bezeichnungen Lombarden und Kawerschen bekannt – in einem scharfen Konkurrenzverhältnis gestanden seien, können wir aus diesen Gesellschaften eine intensive Zusammenarbeit der jüdischen und lombardischen, teilweise auch einheimischen, Finanzfachleute erschließen¹⁷. Und auch wenn sich die anderen Görzner Juden zur Abwicklung größerer Finanzgeschäfte im allgemeinen untereinander zu Gesellschaften zusammenschlossen, war es doch keineswegs nur Isak, der gemeinsam mit Lombarden Geschäfte tätigte¹⁸.

Denn im ausgehenden 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts lebten in den Territorien der Grafen von Görz mehrere sehr bedeutende jüdische Familien, die umfangreiche Geldgeschäfte durchführten und eng in die Finanzverwaltung der Grafen eingebunden waren. Die Grafen verpachteten diesen Juden nicht nur

¹⁴ Ausführlich dazu *Markus J. Wenninger*, Juden im Herrschaftsbereich der Grafen von Görz und Görz-Tirol, in: *Franz Nikolasch* (Hrsg.), Symposium zur Geschichte von Millstatt und Kärnten 2000 (Salzburg, Millstatt 2000) 108–133.

¹⁵ *S. Wenninger*, ebd., ad Anm. 57, sowie *Wilhelm Wadl*, Geschichte der Juden in Kärnten im Mittelalter (Das Kärntner Landesarchiv 9, Klagenfurt 1992) 229ff., u. *Lohrmann*, Judenrecht (wie Anm. 6) 245. Die Regesten der einschlägigen Urkunden jetzt bei *Brugger*, *Wiedl*, Regesten (wie Anm. 7).

¹⁶ Die Maut in *Portu Latisane*. Dazu und zu den gleichzeitig gepachteten unterkrainischen Mauten an der Hülben und der Rupp (in *Rup et Hulba*) s. *Christoph Haidacher*, Die älteren Tiroler Rechnungsbücher. Analyse und Edition, Bd. 1 (Tiroler Geschichtsquellen 33, Innsbruck 1993) 74, und *Josef Riedmann*, Die Beziehungen der Grafen und Landesfürsten von Tirol zu Italien bis zum Jahre 1335 (SB Wien 307, Wien 1977) 229.

¹⁷ Die Gesellschaftsgeschäfte Isaks sind näher ausgeführt bei *Wenninger*, Görz, ad Anm. 60–69.

¹⁸ Weitere Gesellschaften oder zumindest eine Zusammenarbeit von Juden und Lombarden genannt ebd., ad Anm. 22 u. 112.

viele ihrer Zollstätten, darunter gerade die wichtigsten¹⁹, sondern auch Münzstätten²⁰ und Geleitsrechte²¹ und wickelten bedeutende Geldtransaktionen über sie ab. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die gesellschaftliche Stellung und die Bedeutung dieser Juden, daß Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol, von einem von ihnen, einem gewissen *Bonaventura*, der in der Generation nach Isak von Lienz der wichtigste Görzer Finanzverwalter gewesen war²², anlässlich der Erwähnung eines mit ihm früher getätigten großen Geschäfts als „unserem getreuen Juden“ (*Judaeo fideli nostro*) sprach²³. Als „Getreuer“ bzw. „fidelis“ wurden im allgemeinen nur adelige Gefolgsleute bezeichnet. Von wem in dieser Art gesprochen wurde – mir ist bisher nur ein weiteres Beispiel bekannt²⁴; ähnlich zu werten ist aber auch die Bezeichnung als „Herr“²⁵ –, der gehörte sicherlich nicht nur zur

¹⁹ Abgesehen von den schon erwähnten Verpachtungen s. ebd., ad Anm. 45, 53, 56 u. 97.

²⁰ Alle inneralpinen Münzstätten der Grafen von Görz (Meran, Lienz, St. Veit, Völkermarkt und Obervellach) waren zeitweise an Juden verpachtet oder es waren jüdische Münzmeister in ihnen tätig, vgl. ebd. ad Anm. 60f., 64, 66, 86f.

²¹ Vgl. ebd., ad Anm. 74 u. 101.

²² Ausführlicher zu ihm ebd., ad Anm. 89–104.

²³ Urkunde ausgestellt am 9. Feb. 1335 auf Schloß Tirol. Regesten in: Monumenta Historica Ducatus Carinthiae, Bd. 9 (Klagenfurt 1965) Nr. 710, S. 215, sowie in Brugger, Wiedl, Regesten (wie Anm. 7) Nr. 387.

²⁴ 1364 beauftragte Pfalzgraf Ruprecht bis auf Widerruf seinen *getruwen Mose Nurnberger juden ze Heidelberg* mit wesentlichen Aufgaben seiner Finanzverwaltung (s. dazu weiter unten in diesem Aufsatz). Die betr. Urkunde auszugsweise gedr. bei *Franz-Josef Ziwes*, Studien zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters (Forschungen zur Geschichte der Juden A 1, Hannover 1995) 167, Anm. 334. In eine ähnliche Richtung geht auch jene Urkunde, mit der Kaiser Friedrich I. 1182 den Regensburger Juden ihre Rechte bestätigte. In der Arenga begründete er dies nämlich mit der Pflicht des Kaisers, Recht und Frieden aller *fideliū nostrorum* zu wahren, nicht nur der christlichen, sondern auch jener, die sich von diesem Glauben unterscheiden und nach den Überlieferungen ihrer Väter leben (*verum etiam a fide nostra discolis ritu paternae traditionis suae viventibus*), s. Die Urkunden Friedrichs I. 1181–1190, bearb. v. *Heinrich Appelt* (MGH DD X, 4, Hannover 1990) S. 43f., Nr. 833; dazu *Alfred Haverkamp*, Judenvertreibungen in Mittelalter und Frühneuzeit – Erscheinungsformen und Zusammenhänge, Betrachtungsweisen und Erkenntnischancen. Zur Orientierung, in: *Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit*, hrsg. v. *Friedhelm Burgard, Alfred Haverkamp, Gerd Mentgen* (Forschungen zur Geschichte der Juden A 9, Hannover 1999) 1–21, hier 7; wenn *Aronius* (Regesten, Nr. 314a) den Begriff *fideliū nostrorum* einfach mit „Untertanen“ übersetzt, geht das an seiner tatsächlichen Bedeutung weit vorbei. Allerdings vermied es Barbarossa, die Juden ausdrücklich als *fideles* zu bezeichnen, denn sie wurden zwar in diesen Begriff in umschreibender Form miteinbezogen (vgl. den oben angeführten Textauszug), aber im folgenden ist bei ihrer konkreten Nennung eben trotzdem nur von *Iudaeis nostris* bzw. *Iudeorum in imperio nostro degentium* – ohne entsprechenden Zusatz – die Rede. Insofern gehen die Formulierungen Herzog Heinrichs und Pfalzgraf Ruprechts mit ihrem konkreten Herausgreifen jeweils eines einzelnen „getreuen Juden“ über die allgemeine Formulierung des Barbarossa-Privilegs noch deutlich hinaus. Jene des Pfalzgrafen ist dabei noch bemerkenswerter, denn im Gegensatz zu den Görzer Verhältnissen, wo man entsprechend der Herkunft der Mehrzahl der Görzer Juden aus dem oberitalienischen Raum mit dem Einfluß dortiger Gepflogenheiten rechnen muß, wo diese Bezeichnung nicht ungewöhnlich war (vgl. dazu den Beitrag von *Reinhold Mueller* in diesem Band), kommt das für die Pfalz wohl nicht in Frage.

²⁵ Dazu *Markus J. Wenninger*, Von jüdischen Rittern und anderen waffentragenden Juden im mittelalterlichen Deutschland, in: *Aschkenas* 13 (2003) 35–82, hier 45f.

jüdischen Oberschicht, sondern der durfte sich auch zur deutschen Hochfinanz seiner Zeit zählen.

Wie wohl kaum eine andere Fürstenfamilie im mittelalterlichen Deutschen Reich haben sich die Grafen von Görz zur Verwaltung ihrer Finanzen der Dienste jüdischer Bankiers bedient. Ähnliche Ämter und Funktionen, wenn auch in geringerem Umfang, hatten Juden aber auch in vielen anderen Territorien inne. In Savoyen z. B., das hinsichtlich Lage – beide Territorien waren den Alpenhauptkamm übergreifende, hinsichtlich ihrer Bevölkerung mehrsprachige „Paßstaaten“ –, wirtschaftlichen Gegebenheiten und Territorialentwicklung (inklusive des Aufbaus einer „modernen“, von italienischen Verhältnissen beeinflussten und weitgehend schriftlich unterstützten Verwaltung in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, wodurch die Tätigkeit der Juden erst quellenmäßig nachvollziehbar wird!²⁶) zahlreiche Parallelen zur Grafschaft Görz(-Tirol) aufweist²⁷, sind Juden ebenfalls ungewöhnlich häufig als Zollpächter nachgewiesen²⁸, allerdings nicht in anderen Verwaltungsfunktionen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Ländern besteht darin, daß im Ostalpenraum Zölle fast ausschließlich im Rahmen hoher Geschäftsabschlüsse an Gesellschaften, an denen die bedeutendsten Financiers des Landes beteiligt waren, verpachtet wurden. Dagegen scheinen die in Savoyen auftretenden Pächter weit überwiegend Einzelpersonen gewesen zu sein²⁹.

In beiden Ländern übten jedoch Juden die Funktion eines Zollpächters anscheinend wesentlich häufiger aus, als das in anderen Territorien üblich war, in Savoyen – wo der erste jüdische Zollpächter bereits 1274 erwähnt wird³⁰ – vielleicht noch etwas früher als in Tirol und Görz, doch liegt das eventuell auch nur an den hier schon etwas früher einsetzenden einschlägigen Quellen. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang grundsätzlich die Frage, ob die im Vergleich zu anderen Territorien in den genannten Alpenländern größere Intensität der Tätigkeit von Juden in der Zoll- und Finanzverwaltung so der Realität entspricht, oder ob uns das nur durch die hier bessere Quellenlage so erscheint. Mit anderen Worten: für viele andere Länder gehen uns wahrscheinlich nur die Quellen ab, die eine ähnlich intensive Tätigkeit von Juden belegen würden.

Denn die Tätigkeit der jüdischen Zollpächter, Münzmeister und Finanzbeauftragten in Savoyen-Piemont und Görz-Tirol ist zwar vergleichsweise gut bezeugt, aber sie waren weder die ersten, noch zu ihrer Zeit die einzigen Juden, die in diesen Sparten tätig waren. Die eingangs erwähnten kirchenrechtlichen Bestimmungen

²⁶ Zu Savoyen vgl. diesbezüglich *Thomas Bardelle*, Juden in einem Transit- und Brückenland. Studien zur Geschichte der Juden in Savoyen-Piemont bis zum Ende der Herrschaft Amadeus VIII. (Forschungen zur Geschichte der Juden A 5, Hannover 1998) 9f., zu Görz-Tirol *Haidacher*, Rechnungsbücher (wie Anm. 16) 11–17, u. *Josef Riedmann*, Mittelalter, in: *Josef Fontana* u. a., Geschichte des Landes Tirol, Bd. 1 (Bozen, Innsbruck, Wien 1985) 405.

²⁷ Zur Geschichte der Juden in Savoyen s. insbesondere *Bardelle*, (wie vorige Anm.).

²⁸ Bei *Bardelle* bes. 197–200.

²⁹ Jedenfalls gehen aus den von *Bardelle* genannten Angaben nur sehr selten auf Zölle bezogene Gesellschaftsgeschäfte hervor, so z. B. 177.

³⁰ S. ebd. 197.

zeigen vielmehr, daß sie schon in der Zeit um 1200 und wahrscheinlich noch früher eine nennenswerte Zahl von Vorläufern gehabt haben müssen. So war bezeichnenderweise der erste in Österreich nachgewiesene Jude, ein gewisser Schlom, ein Münzmeister, den Herzog Leopold V. 1194 offenbar zu dem Zweck ins Land holte, daß er die Ausprägung seines Anteils am Lösegeld für den englischen König Richard Löwenherz, einer Summe von vermutlich mehreren zehntausend Mark Silber, in Münzen in der dafür neu gegründeten Münzstätte Wien in die Wege leite³¹.

Einige Jahre später (zwischen 1207 und 1223) wird auf einer Münze Bischof Ottos von Würzburg der Jude Jechiel als Münzmeister erwähnt³². Wesentlich umfangreicher war die gleichzeitige Tätigkeit jüdischer Münzmeister in Polen, wo aus dem Hochmittelalter zahlreiche Münzen mit hebräischen Inschriften und Münzbildern mit jüdischen Inhalten (Judenhut, am Judenhut kenntlicher Kopf eines Juden – man geht davon aus, daß es sich um ein Porträt des [vermuteten] jüdischen Münzmeisters handelt – usw.) erhalten sind³³. Offenbar von solchen Vorbildern in der östlichen Nachbarschaft beeinflusst ist eine Münze Herzog Bernhards von Sachsen (1180–1212), die verschiedene eine Umschrift andeutende Zeichen enthält, die teilweise Ähnlichkeit mit hebräischen Buchstaben haben, als solche aber keinen Sinn ergeben. Unklar bleibt, ob diese Münze von einem jüdischen Münzmeister mit mangelhaften Kenntnissen, oder von einem christlichen, der das Bild einer von einem jüdischen Meister angefertigten Münze nachzuahmen versuchte, hergestellt wurde³⁴.

Daß hebräische Buchstaben auf Münzen zwar auf eine Mitwirkung von Juden an deren Herstellung hindeuten, aber noch nicht eo ipso Belege für einen jüdischen Münzmeister sind, zeigt sich auch an zahlreichen erhaltenen ungarischen Stücken des 13. Jahrhunderts, die sich abgesehen von einzelnen darauf abgebildeten hebräischen Buchstaben nicht von den sonstigen Erzeugnissen der königlich-ungarischen Münzstätten dieser Zeit unterscheiden. Denn diese Buchstaben sind wahrscheinlich nicht als Zeichen eines Münzmeisters (als der für den unmittelbaren Betrieb der Münzstätte und die dortige Münzproduktion verantwortlichen Person; auf die Existenz solcher jüdischer Münzmeister gibt es in Ungarn im 13. Jahrhundert keinen über die Münzen hinausgehenden Hinweis) zu sehen, sondern eher als Zeichen des diesem übergeordneten zuständigen „Kammergrafen“ (*comes camere*)³⁵. Allerdings ist die Funktion dieser Kammergrafen im wesentlichen ein ungarisches Spezifikum, das nur gelegentlich auch in benachbarten Ländern übernommen wurde.

In anderen Ländern waren, wie sich das besonders gut an den oben genannten Görzer Beispielen zeigen läßt, die Funktionen der fürstlichen Finanzbeamten und der Münzmeister häufig miteinander verschmolzen. Und neben den eingangs ge-

³¹ Zu ihm s. *Lohrmann*, Judenrecht (wie Anm. 6) 47f., dort auch die weiterführende Literatur.

³² *Aronius*, Nr. 425, S. 188f.

³³ Dazu ausführlich *Marian Gumowski*, Hebräische Münzen im mittelalterlichen Polen (Graz 1975).

³⁴ Vgl. *Aronius*, Nr. 389, S. 173.

³⁵ So jedenfalls die Interpretation von *Berend*, *At the Gate* (wie Anm. 8) 124ff.; zu den Kammergrafen s.o. Anm. 8 und weiter unten.

nannten indirekten Hinweisen aus dem Kirchenrecht gibt es zahlreiche Quellen, welche gerade im Hochmittelalter die Tätigkeit von Juden an bedeutenden Positionen vor allem der Finanzverwaltung, aber teilweise auch in weit darüber hinaus gehenden Funktionen, in einer Reihe von Ländern klar belegen.

Schon für das Jahr 1124 schildert Cosmas von Prag den Fall des Juden Jakob Apella, der bei Herzog Wladislaw I. von Böhmen das Amt eines Vicedominus bekleidete, was – zumindest in den Augen des geistlichen Chronisten – *erat magnum cahos christiano populo*. Cosmas, ein Zeitgenosse der Ereignisse und als Domdechant in Prag gut über sie informiert, berichtet darüber allerdings nur, weil Jakob, den er deshalb auch als „Sohn Satans“ bezeichnet, nachdem er getauft worden war³⁶ wieder vom Christentum abfiel³⁷. In vergleichbarer Weise scheint er den einige Generationen älteren Juden Podiva, der um die Mitte des 11. Jahrhunderts gelebt haben dürfte, als Gründer der Burg Podivin in Mähren nur wegen seiner späteren Konversion für der Erwähnung wert befunden zu haben. Da sich in Podivin eine der bedeutendsten Zollstationen Mährens und die wahrscheinlich älteste Münzstätte des Landes befand, liegt die Vermutung nahe, daß Podiva auch Zoll- und Münzpächter gewesen war³⁸. Insgesamt müssen wir daher davon ausgehen, daß es in Böhmen und Mähren vom 11. zumindest bis zum 13. Jahrhundert noch eine Reihe weiterer Juden in ähnlicher Stellung gab, die aber – da sie weder durch einen Religionswechsel noch in anderer Weise, jedenfalls nicht durch ihre offenbar keineswegs ungewöhnliche Position oder Tätigkeit, auffielen – den Chronisten nicht als erwähnenswert erschienen.

Urkundliche Nachrichten haben wir jedoch über einige Juden aus dem 13. Jahrhundert, die als sogenannte Kammergrafen, also in hohen Positionen der Finanzverwaltung, teilweise grenzübergreifend im ungarisch-österreichisch-böhmischen Raum tätig waren und in dasselbe Umfeld einzureihen sind³⁹. An den eben ge-

³⁶ Die Darstellung bei *Gottlieb Bondy, Franz Dworský* (Hrsg.), *Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906–1620*, Bd. 1: 906–1576; Bd. 2: 1577–1620 und Nachträge (Prag 1906) Bd. 1, Nr. 13, S. 7, daß sich Jakob taufen ließ, um dieses Amt zu erlangen (*Aronius* vermutet S. 102 dasselbe), läßt sich aus der Chronik des Cosmas, die den Zeitpunkt der Taufe völlig offen läßt, nicht herauslesen, und die sonst hier genannten Beispiele zeigen, daß es keineswegs nötig war zu konvertieren, um ein hohes Amt zu erlangen. Die Bemerkung, daß seine Installation als Vicedom „dem christlichen Volk“ – realiter wahrscheinlich vor allem einem Teil des Klerus – ein großes Ärgernis war, belegt vielmehr, daß er damals noch Jude war.

³⁷ *Cosmas von Prag*, *Chronica Boemorum* III 57, gedr. MGH SS 9, 128f., und MGH SS NS 2, 231f.; *Aronius* Nr. 220, S. 101f., mit Diskussion unterschiedlicher Interpretationen über das Geschehen. Bei *Bondy, Dworský* (wie vorige Anm.) vermischen sich Regest und Interpretation. Zu Cosmas von Prag s. *LexMA* III, Sp. 300f. Zur Funktion des Vicedoms (Vicedominus) – ein meist vor allem mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betrauter Vertreter geistlicher oder weltlicher Herren in unterschiedlich hoher Position – s. *LexMA* VIII, Sp. 1621f.

³⁸ S. dazu *Germania Judaica*, Bd. 1 (Tübingen 1964) [weiterhin: GJ I] 147f. (Artikel Kostl).

³⁹ In Ungarn waren die Kammergrafen für die dem König zustehenden Gebiete des Münzwesens, Salzhandels und Zollwesens zuständig, *Berend*, *At the Gate* (wie Anm. 8) 121ff., in Österreich wohl in einem allgemeineren Sinn – Details sind nicht faßbar – für verschiedene Bereiche der herzoglichen Finanzverwaltung (dazu vor allem *Lohrmann*, *Judenrecht* [wie Anm. 6] passim [s. im Register unter Teka, Lublin und Nekelo]; dort auch die weitere Literatur).

nannten Podiva erinnern diese Juden auch insofern, als sie offenbar in jeder Hinsicht ein rittermäßiges Leben führten⁴⁰. Zu diesen Nachrichten paßt gut der Bericht des Bischofs Bruno von Olmütz aus dem Jahr 1273 an Papst Gregor X. über den Zustand der Kirche in Böhmen, Mähren und Österreich unter dem bezeichnenden Titel *Quoniam dies mali sunt*, in dem er unter anderem die mangelnde Einhaltung der Konzilsbestimmungen⁴¹ bezüglich der Juden beklagt: Denn diese hätten christliche Ammen, würden offen Zinsen nehmen und damit die Bedürftigen über das Maß hinaus belasten, indem sie innerhalb eines Jahres daraus die Höhe des entliehenen Kapitals einziehen würden. Sie würden öffentliche Ämter bekleiden und als Zolleinnehmer und Münzmeister eingesetzt werden⁴².

Ähnliche Positionen haben Juden noch einige Jahrzehnte später auch in Schlesien eingenommen, wie eine aus unbekanntem Anlaß gestartete Initiative des Bischofs Heinrich von Breslau (1302–1319) zeigt. Dieser bemühte sich um 1315, den Hof- und Küchenmeister Herzog Heinrichs VI., einen Juden namens Salmon, zum Rücktritt von diesen seinen Funktionen zu veranlassen. Tatsächlich gab Salmon zunächst sein Amt auf, kehrte aber nach kurzer Zeit – jedenfalls auf Wunsch des Herzogs – wieder in dessen Dienst zurück, worauf der Bischof unter Androhung der Exkommunikation allen Christen verbot, Salmon gehorsam zu sein. Ob er damit Erfolg hatte, ist unbekannt⁴³. Als Hofmeister war Salmon für die Gesamtorganisation der herzoglichen Hofhaltung verantwortlich, und auch die Funktion des Küchenmeisters beschränkte sich keineswegs auf die herzogliche Küche und Tafel, sondern hatte vor allem mit seiner Finanzverwaltung zu tun, so daß sich auch hier wieder das nun schon bekannte Bild zeigt.

Diverse weitere Beispiele aus anderen Regionen des Deutschen Reichs zeigen, daß Juden – auch wenn ihre konkrete Position und ihr Aufgabenbereich häufig nicht eindeutig zu definieren sind; von einem Zusammenhang mit Zöllen, Münzen und/oder Finanzen ist jedoch in jedem Fall auszugehen – im 13. Jahrhundert als fürstliche Amtleute in der Finanz- und Domänenverwaltung weit verbreitet, vielleicht sogar annähernd flächendeckend tätig waren⁴⁴. An dieser Situation änderte

⁴⁰ Dazu Wenninger, Von jüdischen Rittern (wie Anm. 25) 39ff.

⁴¹ Gemeint ist das Wiener Konzil von 1267 (dazu s.o. Anm. 6).

⁴² *Publica exercent officia, telonearii, monetarii fiunt*, gedr. bei Bondy, Dworský, (wie Anm. 36) 37, Nr. 30; in den Abhandlungen der baier. Akad. d. Wiss., Hist. Kl. (1846) 28; sowie in Boczek, Codex diplomaticus Moraviae, Bd. 6, 369. Die beiden letzteren zit. n. Hermann Baerwald, Die Beschlüsse des Wiener Conciliums über die Juden aus dem Jahre 1267, in: Jahrbuch für Israeliten 6 (1859/60) 181–208, hier 202f. Weitere Vorwürfe beziehen sich auf den Handel mit gestohlenen Kelchen, Meßgewändern und -büchern.

⁴³ S. Germania Judaica, Bd. 2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, 2 Teile, hrsg. v. Zvi Avneri (Tübingen 1968) [weiterhin: GJ II] 129.

⁴⁴ 1266 April 14 verließ Fürst Heinrich von Mecklenburg der Stadt Wismar ein Privileg, das u. a. die Bestimmung enthält, daß, wenn sich fürstliche Amtsträger wie Vögte, Münzmeister, Zöllner, Müller, auch Juden und Hofbeamte, in Ausübung ihrer Ämter etwas zu Schulden kommen lassen, sie nicht von den städtischen Richtern, sondern vom Fürsten bestraft werden sollen (Aronius, Nr. 713, S. 296). 1267 Juli 24 verliehen die Grafen Gunzelin und Helmold von Schwerin der Stadt Boitzenburg das lübische Recht mit dem Zusatz, daß sich keiner ihrer Amtleute in der Stadt, er sei Münzer, Zöllner oder Jude, vor dem Richter des lübischen Rechts verantworten solle, sondern nur

sich auch im 14. Jahrhundert vorerst wenig. Höchst bemerkenswert ist z.B. die Rolle, welche bedeutende jüdische Finanzleute, von denen sich einer mehrfach als *receptor et distributor domini mei Treverensis* (also als Einnehmer und Ausgeber [der Gelder] meines Herrn von Trier) bezeichnete, zur Zeit Erzbischof Balduins von Luxemburg (1307–1354) im Erzstift Trier einnahmen, auch wenn die ältere Einschätzung einiger von ihnen als „Finanzminister“ des Erzbischofs nicht haltbar ist⁴⁵. Eher könnte man von einer Vorform des Hofjudentums sprechen, doch letztlich handelt es sich um den üblichen Aufgabenbereich mittelalterlicher fürstlicher Finanzverwalter, wie wir ihn schon bei den Görzer Juden kennengelernt haben: Vorstreckung größerer Summen gegen Verpachtung bzw. Verpfändung von Zöllen – vor allem mehrere der überaus ertragreichen Rhein- und Moselzölle – und anderen herrschaftlichen Einnahmeregten, Abwicklung größerer finanzieller Transaktionen und verschiedentlich Empfang und Ausgabe weiterer Gelder. Für diesen Zweck führten diese Juden ein – nicht erhaltenes – hebräisches Rechnungsbuch, das für die abschließende Entlastung ins Lateinische übertragen wurde⁴⁶. Als Balduin 1328 auch Provisor des Erzstiftes Mainz geworden war (er übte diese Funktion bis 1337 aus), dehnten seine Juden ihre Geschäfte auch auf dieses Gebiet aus, indem sie Balduins Unternehmungen finanzierten und dafür die Mainzer Rheinzölle von Lahnstein und Ehrenfels erhielten⁴⁷. Die herausragende Stellung von Juden in der trierischen Finanzverwaltung endet jedoch mit dem Jahr 1347. Offenbar waren sie nicht in der Lage, den durch die Thronkandidatur seines Großneffen Karl stark gestiegenen Geldbedarf Erzbischof Balduins ausreichend zu befriedigen, zumal dieser gleichzeitig seinen Druck auf die Juden kräftig erhöhte, so daß er von nun an mehr mit christlichen Bankiers, vor allem aus Köln und Metz, zusammenarbeitete⁴⁸.

vor den Grafen (Aronius, Nr. 729, S. 308). Relativ umfangreich war auch die Tätigkeit von Juden in der Finanzverwaltung der Grafen von Burgund in der zweiten Hälfte des 13. und der ersten des 14. Jahrhunderts, s. *Annegret Holtmann*, Juden in der Grafschaft Burgund im Mittelalter (Forschungen zur Geschichte der Juden A 12, Hannover 2004) 262f. und öfter.

⁴⁵ Dazu ausführlich *Alfred Haverkamp*, Erzbischof Balduin und die Juden, in: *Franz-Josef Heyen* (Hrsg.), Balduin von Luxemburg, Erzbischof von Trier – Kurfürst des Reiches 1285–1354 (Quellen und Abhandlungen zur mittelhochdeutschen Kirchengeschichte 53, Mainz 1985) 437–483, hier vor allem 469–475; dort auch die weitere einschlägige Literatur. Vgl. dazu auch die Einschätzung in GJ II, 828. Zu erzstiftisch-trierischen Juden in der Finanzverwaltung s. a. *Friedhelm Burgard*, Die Wittlicher Juden im Mittelalter, in: „Das Wichtigste ist der Mensch“. FS für Klaus Gerteis zum 60. Geburtstag, hrsg. v. *Angela Giebmeier* u. *Helga Schnabel-Schüle* (Trierer Historische Forschungen 41, Mainz 2000) 309–331, hier 314f.

⁴⁶ Näheres bei *Karl Lamprecht*, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des Plattenlandes aufgrund der Quellen zunächst des Mosellandes, Bd. I, 2 (Leipzig 1886; Ndr. Aalen 1969) 1472ff., u. Bd. III, Nr. 291 (Rechnung für die Periode 1. Okt. 1336 bis 1. Okt. 1341) S. 419–435; auf S. 423 Hinweis auf die hebräischen Rechnungsbücher; auf 429 zu *Mussem Iudens* als Inhaber des Moselzolls zu Koblenz 1339/40; s. a. ebd. Nr. 292, S. 437.

⁴⁷ *Ziwe*, Studien (wie Anm. 24) 119ff.; *Haverkamp*, Balduin (wie Anm. 45) 473.

⁴⁸ *Haverkamp*, ebd., 467ff.; s. a. *ders.*, Die Juden im Erzstift Trier während des Mittelalters, in: Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt, hrsg. v. *Alfred Ebenbauer* u. *Klaus Zatloukal* (Wien, Köln, Weimar 1991) 67–89, hier 75f.

Im Erzstift Mainz hatten jedoch auch schon vor Balduins Einflußnahme einige Juden wichtige Positionen in der erzbischöflichen Finanzverwaltung eingenommen, und auch unter Erzbischof Heinrich III. von Virneburg (1328/37–1346/53)⁴⁹ war dies der Fall. Insbesondere in den vierziger Jahren des 14. Jahrhunderts erlangten einige dieser Juden eine ähnliche Stellung wie wir sie eben von jenen im Erzstift Trier kennengelernt haben. Heinrich verpachtete ihnen nicht nur mehrere wichtige Rheinzölle, sondern 1343 wurden Abraham von Kreuznach, der zu dieser Zeit auch bedeutende Zölle innehatte, nachdem ihm der Erzbischof bei einer Abrechnung 458 Pfund Heller schuldig geblieben war, sogar die erzbischöflichen Einnahmen von den Juden zu Bingen und an anderen Orten in Art einer Pacht oder Verpfändung übertragen⁵⁰.

Aber auch in der Finanzverwaltung der anderen deutschen Erzbistümer (mit Ausnahme Hamburg-Bremens) und auch einiger Bistümer spielten Juden zumindest zeitweise wichtige Rollen. So geht aus Notizen, welche vom päpstlichen Kollektor 1283 anlässlich einer Revision des neun Jahre zuvor vom Zweiten Konzil von Lyon beschlossenen Kreuzzugszehents in Salzburg angefertigt wurden, hervor, daß bei der Aufbringung dieses Geldes und wohl auch bei seiner Transferierung aus entfernteren Teilen des Erzstifts in die Stadt Salzburg wie bei der erzbischöflichen Finanzverwaltung in Kärnten der Friesacher Jude Isak eine wesentliche Rolle spielte⁵¹. Einige Jahre früher hatte der Villacher Jude Troyanus zusammen mit mehreren Dienstleuten des Bischofs Berthold von Bamberg die Bürgschaft für die Bezahlung einer anlässlich der Beilegung einer Fehde vereinbarten Entschädigungssumme übernommen⁵²; Voraussetzung dafür war wohl, daß er in die Finanzverwaltung der bambergischen Gebiete in Kärnten, zu denen Villach gehörte, eingebunden war. Daß solche Tätigkeiten von Juden in den bambergisch-Kärntner Gebieten üblich waren, zeigt sich trotz der hier spärlichen Quellenlage daran, daß in Villach noch 1363 ein Jude namens Friedel als *mauter* genannt wird⁵³.

Ein früher Hofjude – der aber offensichtlich nicht nur an die Person eines einzelnen Fürsten gebunden, sondern in breiteren Kreisen anerkannt war – war Samuel (laut dem folgend erwähnten Schreiben des Papstes genannt *Smol*) von Derenburg, der von 1347 bis zu seinem Tod kurz vor 1383 mehreren Magdeburger

⁴⁹ Aufgrund seiner Parteinahmen im Streit Kaiser Ludwigs des Bayern mit den Päpsten konnte er die Herrschaft im Erzstift nur in den Jahren 1337–1346 ohne Gegenkandidaten ausüben (s. LexMA, Bd. 3, Sp. 2084).

⁵⁰ S. GJ II, 82f. (Art. Bingen), u. *Hermann Kellenbenz*, Die Juden in der Wirtschaftsgeschichte des rheinischen Raumes. Von der Spätantike bis zum Jahre 1648, in: *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein*. Handbuch, hrsg. v. *Konrad Schilling* (Köln 1963) 199–241, hier 215, sowie *Ziwe*, Studien (wie Anm. 24) 120ff.

⁵¹ Vgl. die Belege bei *Wadl*, Kärnten (wie Anm. 15) 182f.

⁵² S. ebd., 164f.

⁵³ Zu ihm und anderen Juden an der Villacher Maut s. ebd. 45f., 110, 215 u. 222, sowie *Germania Judaica*, Bd. 3: 1350–1519, hrsg. v. *Arye Maimon*, *Mordechai Breuer* u. *Yacov Guggenheim*, T. 1–3 (Tübingen 1987–2003) [weiterhin: GJ III] 1534. Im Sinn des oben in Anm. 13 Gesagten wird man auch in diesem Fall nicht von einer Verpfändung (so an den genannten Stellen), sondern von einer Verpachtung der Maut ausgehen müssen.

Erzbischöfen in führender Stellung diente, und das nicht nur in der Finanzverwaltung, sondern auch als Ratgeber und Diplomat. Zusammen mit anderen Juden pachtete er verschiedene Zölle und Geleitsrechte. Schon von Erzbischof Dietrich v. Portitz (1361–67) hatte er Einkünfte in Groß-Salze erworben, wo er auch mit nicht näher genannten Verwaltungsaufgaben betraut wurde und anscheinend auch seinen Hauptwohnsitz hatte oder in der Folge hinverlegte. Denn Erzbischof Peter (1371–81) erlaubte ihm in einer dort gelegenen, vermutlich nicht mehr in Gebrauch stehenden Kapelle die Einrichtung einer Synagoge, womit er sich den Tadel des Papstes zuzog⁵⁴. Auch der folgende Erzbischof Albrecht IV. von Querfurt verpfändete (wohl besser: verpachtete) 1388 Geleit und Zoll in Groß-Salze an einen Magdeburger Juden, um an Bargeld zu kommen, das er u. a. für die Bezahlung von Schulden bei verschiedenen christlichen Gläubigern benötigte⁵⁵.

Etwa gleichzeitig hatte ein Jude namens Marquard, vielleicht ein Bruder des genannten Samuel/Smol, eine bedeutende Stellung am Hof des Naumburger Bischofs Gerhard von Schwarzburg (1359–72) inne. Nach einem Schreiben Papst Gregors XI. vom selben Tag wie das eben genannte hatte Gerhard diesen Marquard in sein Hofgesinde aufgenommen (*in tuum familiarem teneas*); dieser würde oft christlichen Gerichten vorstehen und für den Bischof von Christen Gelder einziehen (*qui sepius Christianorum preest iudiciis, et pecunias nomine tuo immaniter extorquet ab eis*). Der Bischof möge, falls dies wahr sei, diesen Zustand schleunigst korrigieren⁵⁶. Und in derselben Zeit (1375/76) engagierte mit Friedrich III. v. Saarwerden auch ein Kölner Erzbischof einen jüdischen *scheffener* (Finanzmanager), zu dem er auch vorher schon intensive Beziehungen gehabt haben dürfte. Noch im Jahr vorher ist dieser, Isaak von Monschau, als Kölner „Judenbischof“ (Gemeindevorsteher) bezeugt, war also einer der bedeutendsten Juden der Stadt Köln, die er aber gerade in einer kritischen Situation (während des zwischen der Stadt und dem Erzbischof ausgebrochenen „Schöffenkrieges“) verließ, worauf die Stadt ein ihr früher von Isaak gewährtes Darlehen nun als „Feindesgut“ einbehielt⁵⁷.

In weltlichen Territorien sind Juden in der Finanzverwaltung in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zwar seltener nachgewiesen, kommen aber auch noch vor. Eine bedeutende Position nahm hier vor allem Moses Nürnberger in Heidel-

⁵⁴ S. GJ III/2, 777, mit den dortigen Literaturangaben. Die Verwaltungsaufgaben (*regimen*) und die Errichtung der Synagoge gehen aus einem Schreiben Papst Gregors XI. vom 15. Juni 1372 (*Simonsohn*, Documents, wie Anm. 9, Nr. 425, S. 451) hervor, mit welchem er den Erzbischof deshalb tadelte und, falls die Sache wahr sei, rascheste Änderung befahl. Dafür, daß die Kapelle als solche nicht mehr in Gebrauch war, spricht die Aussage des Papstes, daß der Jude die Synagoge in einer Kapelle errichtet hätte, *ubi erat altare consecratum*. Der Altar scheint also zum Zeitpunkt der Errichtung der Synagoge nicht mehr bestanden zu haben; trotzdem sah der Papst diesen Tatbestand als ein *fidelium scandalum et Catholice fidei detrimentum*.

⁵⁵ GJ III/3, 1953f.

⁵⁶ *Simonsohn*, Documents (wie Anm. 9), Nr. 426, S. 451f. Offensichtlich hatte damals jemand aus der Umgebung der sächsischen Bischöfe beim Papst wegen der Juden interveniert. Zu Marquard s. a. GJ III, 931f., 1964, mit der dort angegebenen Literatur.

⁵⁷ GJ III, 1903, und *Matthias Schmandt, Judei, cives et incole*. Studien zur jüdischen Geschichte Kölns im Mittelalter (Forschungen zur Geschichte der Juden A 11, Hannover 2002) bes. 118f.

berg ein⁵⁸, der 1364 von Pfalzgraf Ruprecht I. bis auf Widerruf beauftragt wurde, das Ungeld in der Stadt Heidelberg, die zu Martini (11. Nov.) fällige Judensteuer (*juden bede*), alle zu diesem Termin zu Heidelberg *und in der marke daselbist* fälligen Zinse sowie die Jahreszinse von den Krambuden zu Heidelberg einzunehmen⁵⁹. Von diesen Einnahmen sollte er die Weingärten des Pfalzgrafen zu Heidelberg *buwen* (also für ihre Instandhaltung und Pflege sorgen) und die Wächter auf den beiden Burgen und in der Stadt zu Heidelberg bezahlen. Mit dem dann jährlich noch übrigen Betrag sollte Moses die jeweiligen Baumaßnahmen des Pfalzgrafen in Heidelberg – zu denken ist wohl vor allem an den Ausbau des Schlosses – unterstützen (*an unsern buwe zu Heidelberg ... legin, wa wir buwen*). Moses hatte damit über wesentliche Teile des pfalzgräflichen Einkommens zu verfügen. Die damit verbundene Vertrauensstellung drückt sich auch in seiner Verantwortung für die Entlohnung der Wächter gerade in der Residenz des Pfalzgrafen aus.

Als letztes Beispiel – sowohl in der Auflistung hier wie auch vom Zeitpunkt seiner Erwähnung her – sei Joselin von Mühlhausen genannt, der 1398 von Markgraf Balthasar von Meißen, Landgraf v. Thüringen, mit der Abwicklung des Wechsels in seiner Münzstätte zu Sangerhausen beauftragt wurde⁶⁰. Dieser Wechsel erfolgte zu Zwangskursen und kam einer Art Kapitalbesteuerung gleich; damit verbundene Aufgaben berührten also ebenfalls die hoheitliche Finanzverwaltung.

Wenn ich nichts übersehen habe, habe ich damit alle im dritten Band der „Germania Judaica“, der die Zeit des ausgehenden Mittelalters ab der Mitte des 14. Jahrhunderts behandelt, enthaltenen einschlägig tätigen Juden erfaßt, denn mit dem Ende des 14. Jahrhunderts reißen entsprechende Nachrichten völlig ab⁶¹.

⁵⁸ Zu ihm s. a. oben Anm. 24.

⁵⁹ S. GJ III, 523f., und vor allem *Ziwes*, Studien (wie Anm. 24) 167; formal wurde Moses nicht einfach mit der Einhebung dieser Gelder beauftragt, sondern es wurden ihm die betreffenden Steuern und Abgaben *verschafft*. Darin drückt sich noch das alte System der Pacht dieser oder anderer Einnahmerechte (Münze, Zölle) aus, was aber bei Moses offenbar nicht mehr so der Fall war, da er ja Gelder, die nicht anderweitig verbraucht wurden, in die Bauten des Pfalzgrafen investieren sollte. Es versteht sich aber von selbst, daß Moses – auch wenn das in der Urkunde nicht gesagt wird – mit den Einnahmen auch seine Unkosten decken und auf irgend einem Weg Gewinn machen konnte.

⁶⁰ Er hatte *dem wechsil vorzustende an silber, groschin und an andere were* (GJ III, 458). Daß Joselin den Wechsel (also den Tausch von ungemünztem Silber und fremder Währung in Sangerhausener Münze) organisieren sollte, bedeutet nicht, daß er der Münze des Landgrafen vorstehen sollte (so *Michael Toch*, Die wirtschaftliche Tätigkeit, in: GJ III, 2146), also Münzmeister gewesen wäre.

⁶¹ Nicht berücksichtigt habe ich hier aus mehreren Gründen die in GJ III, 1119 mit Anm. 120, und dem folgend in GJ III, 2146 in denselben Zusammenhang gestellten, für das frühe 16. Jh. in Prag angeblich noch belegten jüdischen „Münzarbeiter“: 1. bezieht sich die in der angegebenen Literatur als Beleg angeführte Quelle („Ramschacksche Chronik“) tatsächlich auf das frühe 15. Jh.; 2. scheint diese Quelle – die mir im Original nicht zugänglich war – insgesamt fragwürdig zu sein. Nach dem nur inhaltlich wiedergegebenen Text bei *Bondy, Dworský*, wie Anm. 36, Bd. 2, Nr. 1147, S. 911, wurden in der königlichen Münze zu Prag „die jüdischen Arbeiter erst aus Anlass des allgemeinen Judenausweisungs-Ediktes entlassen (zwischen 1419–1430)“; ein solches Edikt ist aber sonst nicht bekannt und es gibt auch durch keine anderen Hinweise darauf (vgl. GJ III, 1134f.); 3. ist hier ausdrücklich von Münzarbeitern die Rede, also von untergeordnetem Personal, nicht von Münzmeistern (die allein für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung wären). Die Quellenstelle wird deshalb auch von *Bondy, Dworský* zusammen mit anderen als Argument „gegen den Vorwurf der Arbeitsscheu der Juden“ angeführt.

Versuchen wir damit zu einer Gesamteinschätzung der Entwicklung zu kommen. Auch wenn die Beraubungen und Plünderungen während der Pestpogrome einen beträchtlichen Aderlaß für das jüdische Kapital bedeutet hatten, der in Einzelfällen auch zum Ausscheiden von Juden aus der fürstlichen Finanzverwaltung geführt haben mag, so wurden doch auch nach der Mitte des 14. Jahrhunderts noch Juden in vielen über das ganze Reich verstreuten Territorien mit bedeutenden einschlägigen Aufgaben betraut⁶². Voraussetzung dafür war, daß sie auch zu dieser Zeit noch im Besitz von Kapitalien waren, die ihnen die Wahrnehmung solcher Funktionen ermöglichten⁶³.

Mit dem Ende des 14. Jahrhunderts war jedoch auch das Ende von in der fürstlichen Finanzverwaltung tätigen Juden gekommen. Diese Entwicklung, die trotz der nur vereinzelt Beispiele im gesamten Reich klar gegeben ist, läßt sich durch die dichtere Quellenlage in den Görzer Ländern sowie in Savoyen und in der Dauphiné detaillierter nachvollziehen. Nach Ausweis der Quellen war hier das Engagement von Juden in Zollpachten in den Jahrzehnten um 1300 am stärksten und nahm während des 14. Jahrhunderts, in dessen zweiter Hälfte hier wie dort nur mehr wenige Zollverpachtungen an Juden erwähnt werden (zumindest in Tirol allerdings bei schlechter werdender Quellenlage), mehr oder weniger kontinuierlich ab, d. h. die Entwicklung in den beiden Ländern zeigt deutliche Parallelen sowohl untereinander wie auch zur allgemeinen Entwicklung. Auf eine dieser Regionen allein bezogene Erklärungsversuche, die hinter der geschilderten Entwicklung „eine bestimmte Absicht“ einzelner Fürsten oder ein geschwundenes Interesse der Juden, für die die Pacht nicht mehr lukrativ gewesen sei, da die Verlagerung von Handelswegen die Einnahmen habe zurückgehen lassen, vermuten⁶⁴, greifen daher nicht. Auch eventuelle Langzeitwirkungen der Pestpogrome sind als Ursache auszuschließen, weil es solche Pogrome in den gürzischen Ländern, aber auch in Böhmen und anderswo, nicht gab, und weil außerdem die genannte Entwicklung schon vor der Pest einsetzt⁶⁵. Allenfalls mögen sie an einzelnen Orten den Anlaß gegeben haben, eine schon vorher begonnene Entwicklung zu beschleunigen.

Vielmehr müssen zwei andere Ursachen ausschlaggebend gewesen sein, die sich wahrscheinlich ergänzt haben, von denen aber auch jede für sich genommen genügend Potential gehabt haben dürfte, die Juden aus der fürstlichen Finanzverwaltung zu drängen. Zum einen ist dies die zunehmende Erschöpfung der jüdischen

⁶² Die von *Georg Caro*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und der Neuzeit, Bd. 1: Das frühere und hohe Mittelalter (Leipzig 1908) 443, nicht nur für diese Spätzeit, sondern auch für die vorangegangenen Jahrhunderte getroffene Feststellung, daß sich im Deutschen Reich außer in Österreich nirgends eine unmittelbare Beteiligung von Juden an der fürstlichen Finanzverwaltung nachweisen lasse, ist daher heute nicht mehr haltbar.

⁶³ Vgl. dazu oben ad Anm. 12f.

⁶⁴ So die Erklärungsansätze von *Bardelle*, Juden (wie Anm. 26) 200.

⁶⁵ Zumindest im rheinischen Raum machen sich erste Kapitaleinbußen bei den Juden schon vor 1350 bemerkbar, vgl. *Alfred Haverkamp*, Die Juden im mittelalterlichen Trier, in: *Kurttrierisches Jahrbuch* 19 (1979) 5–57, hier 26f.; vgl. a. oben zu Trier.

Kapitalien durch weitgreifende Schuldentilgungen, die in den habsburgischen Ländern bereits 1370, im Reich 1385 einsetzten und in mehreren Wellen den Großteil der deutschen Juden betrafen, von denen daraufhin viele abwanderten, vor allem nach Italien. Daß den jüdischen Bankiers seit dieser Zeit wesentlich weniger Kapital zur Verfügung stand, zeigt sich auch am Wandel der Schuldnerkreise und der sinkenden Durchschnittshöhe der entliehenen Kapitalien⁶⁶. Überhöhte Steuerforderungen – Stichwort: Dritter Pfennig – verhinderten in der Folge nicht nur eine sonst eventuell mögliche Erholung des jüdischen Kapitals, sondern trugen im Gegenteil zu seinem weiteren Niedergang bei⁶⁷.

Von mindestens eben so großer Bedeutung scheint aber ein anderer Umstand gewesen zu sein: Offenbar wurden seit der Mitte des 14. Jahrhunderts die am Beginn dieses Aufsatzes besprochenen kirchlichen Forderungen nach Ausschluß der Juden von allen Ämtern, in denen sie Gewalt über Christen ausüben konnten, allmählich stärker beachtet. Jedenfalls fällt auf, daß dieses Problem in den kirchenrechtlichen Bestimmungen und Konzilsbeschlüssen des 15. Jahrhunderts kaum mehr thematisiert wurde. Das Konzil von Basel etwa gab 1434 die meisten auf die Juden bezogenen älteren Konzilsbestimmungen, so auch das Ämterverbot, nur ganz kurz wieder, während es sich den zu seiner Zeit noch nicht allgemein durchgesetzten Fragen der Kennzeichnung und der Einrichtung gesonderter Wohnbezirke für Juden erheblich ausführlicher widmete⁶⁸, so daß man davon ausgehen kann, daß die Besetzung von Ämtern mit Juden in dieser Zeit keine Frage von Bedeutung mehr war. In jenem Judendekret, mit welchem Kardinal Nikolaus von Kues auf seiner Legationsreise im gesamten Reich 1450/51 den kirchlichen Judenbestimmungen Geltung verschaffen wollte, wurde die Ämterfrage nicht einmal mehr erwähnt, und auch vom bekannt judenfeindlichen Johannes von Capestrano, der 1453 predigend durch Deutschland zog, ist keine Äußerung in dieser Richtung überliefert⁶⁹.

Daneben könnten auch noch einige andere Aspekte eine gewisse Rolle gespielt haben, wenn auch keine entscheidende. So wurde gegen Ende des Mittelalters eine zunehmende Zahl von Mauten und Münzstätten überhaupt nicht mehr verpachtet, sondern von Beauftragten des betreffenden Fürsten unmittelbar verwaltet; diese Frage ist aber meines Wissens noch nicht näher untersucht⁷⁰. Nicht zu vernachläss-

⁶⁶ Dazu ausführlich *Michael Toch*, Die wirtschaftliche Tätigkeit, in: GJ III, 2139–2164, hier 2150–2163.

⁶⁷ Vgl. *Markus J. Wenninger*, Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert (Beih. zum Archiv für Kulturgeschichte 14, Wien, Köln, Graz 1981) 240ff.

⁶⁸ Lat. Text und dt. Übersetzung bei *Josef Wohlmuth* (Hrsg.), Dekrete der ökumenischen Konzilien, Bd. 2: Konzilien des Mittelalters vom ersten Laterankonzil (1123) bis zum fünften Laterankonzil (1512–1517) (Paderborn u. a. 2000) 483f.; s. a. Kirche und Synagoge, Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen, hrsg. v. *Karl Heinrich Rengstorf* u. *Siegfried von Kortzfleisch*, Bd. 1 (Stuttgart 1968; München 1988) 248f.

⁶⁹ Vgl. Kirche und Synagoge (wie vorige Anm.) 224f.

⁷⁰ Für dieses Argument spricht möglicherweise auch, daß etwa gleichzeitig mit dem Ausscheiden der Juden aus den Münzstätten Deutschlands auch die lombardischen Münzmeister aus diesen verschwanden (Hinweis von Reinhold Mueller in der Diskussion).

sigen war vielleicht auch der allmählich sinkende soziale Status der Juden, der es möglicherweise weniger als früher geraten sein ließ, sie mit solchen Ämtern zu betrauen. Denn gerade im Zusammenhang mit Zöllen und Mauten fällt dieser Statuswandel insofern besonders ins Auge, als die Juden, die in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts noch einen erheblichen Teil der Zolleinnehmer gestellt hatten, im 15. Jahrhundert an einer zunehmenden Zahl von Mautstellen Leibzoll entrichten mußten und damit vom Subjekt zum Objekt der Mauteinhebung geworden waren⁷¹. Es ist nur naheliegend, daß an einer Mautstelle, an der von Juden Leibzoll verlangt wurde, nicht gleichzeitig ein Jude als Zöllner agieren konnte.

Für einen Zusammenhang der jüdischen Zöllner und Münzmeister des Mittelalters zu jenen jüdischen Zoll- und Münzpächtern, die in Litauen seit dem späteren 15. Jahrhundert⁷², in Polen, den habsburgischen und anderen Ländern im 16. und 17. Jahrhundert wieder verstärkt auftreten, gibt es keinerlei Hinweis⁷³, weshalb ich an dieser Stelle auch nicht näher auf sie eingehe. Vielmehr sind diese neuen jüdi-

⁷¹ Erste konkrete Belege für im Rahmen des Transports jüdischer Leichen eingehobene Zölle stammen aus dem 14. Jahrhundert: 1332 in Prag (*Bondy, Dworský*, wie Anm. 36, 48f., Nr. 67), 1366 in Rosheim in Elsaß (GJ III, 1249). Doch zeigt die im berühmten Privileg Herzog Friedrichs II. von Österreich von 1244 für Leichname garantierte Zollfreiheit (*Brugger, Wiedl, Regesten*, wie Anm. 7, Nr. 25, S. 34f., § 13), daß schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts für Leichen von Juden verschiedentlich Zoll verlangt wurde. Die ältesten konkreten Belege für von lebenden Juden eingehobenen Leibzoll stammen aus dem beginnenden 15. Jahrhundert, decken in dieser Zeit aber schon den gesamten süddeutschen Raum ab: 1400 in Kaisten (einer Vorstadt von Rheinfelden in der Schweiz, s. GJ III, 1241), 1406 in Erlangen (GJ III, 343f. [Art. Forchheim, Anm. 38]), 1416 in Weiden in der Oberpfalz (GJ III, 1559), 1417 in Fribourg (Freiburg im Üechtland, GJ III, 400), vor 1425 an der Mautstelle von Werfen südlich von Salzburg, und um die Mitte des 15. Jahrhunderts (vor 1453) an jener von Arnoldstein am Weg von Villach nach Italien, s. *Herbert Hassinger*, Geschichte des Zollwesens, Handels und Verkehrs in den östlichen Alpenländern vom Spätmittelalter bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts. Bd. 1: Westkärnten – Salzburg (Stuttgart 1987) 509ff. bzw. 254f. Ältere Befreiungen vom Leibzoll, teilweise gegen Entrichtung einer Pauschalsumme (Thüringen 1368, Bayern 1380, Bistum Würzburg 1403, s. GJ III, 2266), zeigen jedoch, daß er auch im 14. Jahrhundert schon eingehoben wurde. Kurz nach der Mitte des 15. Jahrhunderts werden die Belege wesentlich zahlreicher und erstrecken sich nun auch über norddeutsche Gebiete; aufgelistet bei *Peter Rauscher*, Den Christen gleich sein. Diskriminierung und Verdienstmöglichkeiten von Juden an österreichischen Mautstellen in der Frühen Neuzeit (16./17. Jahrhundert), in: *Sabine Hödl, Peter Rauscher, Barbara Staudinger* (Hrsg.), Hofjuden und Landjuden. Jüdisches Leben in der Frühen Neuzeit (Berlin, Wien 2004) 283–332, hier 289ff. u. Anm. 33ff. (S. 315f.); dort auch weiterführende Literatur.

⁷² *Jacek Wijaczka*, Die Einwanderung der Juden und antijüdische Exzesse in Polen im späten Mittelalter, in: *Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit*, hrsg. von *Friedhelm Burgard, Alfred Haverkamp* u. *Gerd Mentgen*, 214–256, hier 245f.

⁷³ Für den österreichischen Raum s. insbesondere *Rauscher*, Den Christen gleich sein (wie Anm. 71), für Polen-Litauen *Jürgen Heyde*, Jüdische Eliten in Polen und Litauen zu Beginn der Frühen Neuzeit, in: *Aschkenas* 13 (2003) 117–165, nach dem dort erst unter König Alexander (1501–1506) „die jüdischen Wirtschaftseliten erstmals auch in den westlichen Landesteilen verstärkt Zugang zur Pacht königlicher Einkünfte“ erhielten (ebd., 118). Für Niedersachsen vermerkt *Rotraud Ries* in ihrer umfangreichen Untersuchung Jüdisches Leben in Niedersachsen im 15. und 16. Jahrhundert (Veröff. d. Hist. Komm. f. Niedersachsen u. Bremen XXXV, 13, Hannover 1994) 382f. gerade einmal einen einzigen jüdischen Münzpächter, der 1565 die Münze von Wunstorf pachtete, damit aber schon nach wenigen Jahren Schiffbruch erlitt.

schen Zollpächter im Zusammenhang mit dem neuen Element des Hofjudentums zu sehen, in dem Juden ja auch in der Finanzverwaltung mancher Fürsten wieder eine große Rolle spielten – wobei es aber ebenfalls keinerlei direkte Traditionslinie zu während des Mittelalters in der fürstlichen Finanzverwaltung tätigen Juden zu geben scheint. Das reichsrechtliche Schriftgut, das sich aufgrund dieser neuerlichen Aktualität seit dem 17. Jahrhundert gelegentlich der Funktion von Juden als Zöllnern widmete⁷⁴, blieb inhaltlich den einschlägigen kirchenrechtlichen Bestimmungen des Mittelalters verhaftet, hatte damit aber genau so wenig Erfolg wie diese im Hochmittelalter.

⁷⁴ Dazu *Rauscher*, ebd. 301.